



Europa-Info-Mail

für das Münsterland . Juli 2008

Dr. Markus Pieper, MdEP



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

ereignisreiche Wochen liegen hinter uns: Das irische Volk hat sich Mitte letzten Monats dazu entschieden, den EU-Reformvertrag, der Europa weiter voranbringen und handlungsfähiger machen sollte, abzulehnen. Grundsätzlich muss die Entscheidung eines Volkes, das in Europa lebt, akzeptiert werden. Der bittere Beigeschmack bleibt jedoch: Fragt man einmal die Menschen, warum sie den Vertrag abgelehnt haben, wird schnell klar, dass die "Gegner Europas" eine wahnsinnige Kraftanstrengung geleistet haben und Stimmung gegen Europa und die Europäische Union gemacht haben - leider mit Erfolg. Lesen Sie dazu mehr im Thema des Monats.

Das Europäische Parlament hat sich Ende letzter Woche in die Sommerpause verabschiedet. Sitzungsbeginn ist wieder der 25. August. Ich wünsche Ihnen auf diesem Weg einen erholsamen Sommer und alles Gute!

Mit freundlichen Grüßen

Markus Pieper, MdEP

Besuchen Sie meine **Internetpräsenz:**
www.markus-pieper.eu

Dr. Markus Pieper, MdEP

Europäisches Parlament . Rue Wiertz, ASP 15 E 217 . B-1047 Brüssel
Telefon +32-2-284.53.05 . Fax +32-2-284.93.05
markus.pieper@europarl.europa.eu . www.markus-pieper.eu

Europa-Info-Mail

für das Münsterland. Juli 2008

Dr. Markus Pieper, MdEP



Inhaltsverzeichnis (1)

Thema des Monats	<i>Seite 4</i>
_ EU-Reformvertrag zunächst gescheitert: Ablehnung in Irland	<i>Seite 4</i>
Aus den europäischen Institutionen	<i>Seite 5</i>
_ Frankreich übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft	<i>Seite 5</i>
_ Europäisches Parlament stimmt slowakischem Beitritt zur Eurozone zu	<i>Seite 5</i>
_ Benachteiligung der Deutschen Sprache verhindern	<i>Seite 5</i>
_ Strengere Verhaltensregeln für Lobbyisten	<i>Seite 5</i>
Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz	<i>Seite 6</i>
_ EP-Zwischenbericht zum Klimawandel zu einseitig	<i>Seite 6</i>
_ Solidaritäts-Erklärung mit den Milchbauern	<i>Seite 6</i>
_ EU-Luftqualität: strengere Vorschriften	<i>Seite 6</i>
_ Veröffentlichung der Umweltschutzbeihilfen	<i>Seite 7</i>
_ "Grüne Steuern"	<i>Seite 7</i>
_ Verhaltenskodex für den Verkauf von Videospielen	<i>Seite 7</i>
_ Neue Chancen für die Entwicklung des ländlichen Raums	<i>Seite 8</i>
_ Programm für gesundes Essen an Schulen	<i>Seite 8</i>
_ Funkchips für Pferde	<i>Seite 8</i>
Wirtschaft, Energie und Verkehr	<i>Seite 9</i>
_ 50 % höhere Strompreise durch EU-Emissionshandel	<i>Seite 9</i>
_ EuGH-Urteil beendet Führerscheintourismus	<i>Seite 9</i>
_ Studie zu Kleinstunternehmen in Europa	<i>Seite 9</i>
_ Erleichterung für Busrundreisen	<i>Seite 10</i>
_ Small-Business-Act: Optimale Rahmenbedingungen für KMUs	<i>Seite 10</i>
_ Flugtickets: Schluss mit Lockangeboten im Internet	<i>Seite 10</i>
_ Europa-GmbH - Europäische Privatgesellschaft	<i>Seite 11</i>
_ Vereinfachte Beihilfeverfahren für KMU	<i>Seite 11</i>
_ Erweiterung der ermäßigten Mehrwertsteuern	<i>Seite 11</i>



Europa-Info-Mail

für das Münsterland .Juli 2008

Dr. Markus Pieper, MdEP

Inhaltsverzeichnis (2)

EU-Erweiterung	<i>Seite 12</i>
_ Europäisches Parlament verabschiedet kritischen Türkei-Bericht	<i>Seite 12</i>
_ Westbalkan behält klare EU-Beitrittsperspektive	<i>Seite 12</i>
_ EU-Erweiterungspolitik muss weg vom Beitrittsautomatismus	<i>Seite 12</i>
Kommunales	<i>Seite 13</i>
_ Pilotprojekt zum Beschaffungswesen	<i>Seite 13</i>
_ Vergabeauflagen für KFZ	<i>Seite 13</i>
Förderung und Termine	<i>Seite 14</i>
_ Programmhandbuch für das Programm KULTUR (2007 - 2013)	<i>Seite 14</i>
_ Handbuch zur Kombination verschiedener Finanzierungsquellen	<i>Seite 14</i>
_ Förderung der internationalen Freiwilligendienste	<i>Seite 14</i>
Regionales	<i>Seite 15</i>
_ Europa unterstützt das Münsterland	<i>Seite 15</i>
_ Arbeit für das Münsterland	<i>Seite 15</i>
_ Zu Besuch in Brüssel und Straßburg	<i>Seite 15</i>
Zu guter Letzt ...	<i>Seite 16</i>
_ Notrufnummer 112	<i>Seite 16</i>
_ Schulbuchstudie	<i>Seite 16</i>

Thema des Monats

EU-Reformvertrag zunächst gescheitert - Ablehnung in Irland

Das irische Volk hat entschieden: Mitte Juni lehnte es bei der einzigen Volksabstimmung im Zuge des Ratifikationsprozesses den EU-Reformvertrag ab. Wenn man sich einmal die "europäische" Geschichte Irlands anschaut, könnte leichtes Erstaunen über diesen Ausgang aufkommen: Irland hat so sehr wie kaum ein anderer EU-Mitgliedstaat von der Europäischen Union seit dem Beitritt im Jahr 1973 profitiert. Vom damaligen "Armenhaus Europas" hat es sich zu den reichsten EU-Mitgliedstaaten entwickelt, wenn man nach dem Pro-Kopf-Einkommen geht. Rund 40 Milliarden Euro netto sind in den letzten 35 Jahren aus Brüssel auf die Insel geflossen. Die EU hat zur Schaffung von mehr als einer Million Arbeitsplätze in Irland beigetragen.

Laut einer der jüngsten Eurobarometer-Umfrage sind 87 Prozent der Bevölkerung, so viele wie in keinem anderen EU-Mitgliedstaat, davon überzeugt, dass Irland von seiner Mitgliedschaft in der Europäischen Union profitiert.

Trotzdem ist es nicht verwunderlich, dass der Reformvertrag in Irland abgelehnt wurde. Es scheint, als hätten sich alle "Gegner Europas" aus den unterschiedlichsten Interessensgruppen in den letzten Tagen und Wochen vor dem Referendum in Irland vereint und Stimmung gegen den Vertrag gemacht. So haben die Geschäftsleute für ein Nein geworben, weil sie die wirtschaftlichen Freiheiten gefährdet sahen, die Gewerkschaften, weil ihnen der Vertrag nicht sozial genug erschien, einige fürchteten den Verlust der nationalen Souveränität und wieder andere glaubten gar, dass die Abtreibung durch den Vertrag erleichtert oder gar das irische Steuersystem in Frage gestellt werden würde. Erschreckenderweise haben jedoch bei einer der letzten Umfragen vor der Abstimmung nur 5 % der Bevölkerung bestätigt, gut über den Inhalt des Vertrags informiert zu sein, 62 % haben zugegeben, keine Ahnung zu haben. Das Ergebnis dieser Lügenkampagne haben wir am 12. Juni dann alle in den Nachrichten sehen können.

Das Votum der Iren ist nichtsdestotrotz als solches zu akzeptieren. Nun stehen jedoch die anderen 26 Mitgliedstaaten in der Pflicht, den Ratifizierungsprozess auf parlamentarischer Ebene fortzusetzen und abzuschließen. Denn nur der Vertrag von Lissabon stellt die notwendigen Instrumente zur Verfügung, um gemeinsam den wachsenden Herausforderungen gerecht zu werden. Er bringt Europa näher zu den Bürgern, indem er das Europäische Parlament, das Mitspracherecht der nationalen Parlamente, das Subsidiaritätsprinzip, die Grundrechte und das Initiativrecht der Bürgerinnen und Bürger Europas stärkt.

Europa ist eine Erfolgsgeschichte für Freiheit, Frieden Wohlstand auf diesem Kontinent, die es fortzusetzen gilt. Daher muss nun gemeinsam mit der irischen Regierung eine Lösung gefunden werden, um diese Erfolgsgeschichte weiterzuschreiben.

Aus den Europäischen Institutionen

Frankreich übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft

Am 1. Juli 2008 hat Frankreich für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft übernommen und ist damit Nachfolger von Slowenien. Der französische Präsident Nicolas Sarkozy stellte vor dem Plenum des Europäischen Parlaments in Straßburg Anfang Juli das Arbeitsprogramm der Präsidentschaft vor. Schwerpunkte sind die Themen Energie, Umwelt, Einwanderung sowie Sicherheit und Verteidigung.

<http://www.ue2008.fr/PFUE/lang/de/accueil>

Europäisches Parlament stimmt slowakischem Beitritt zur Eurozone zu

Trotz grundsätzlicher Bedenken hat das Europäische Parlament Mitte Juni dem Beitritt der Slowakei zur Eurozone zugestimmt. Das hohe Wachstum der slowakischen Wirtschaft ist zwar generell erfreulich, birgt aber eine erhebliche Inflationsgefahr in sich. Angesichts weiterer Beitrittsaspiranten dürfe mit der Zustimmung kein Präzedenzfall geschaffen werden, der die Stabilität des Euros insgesamt aufs Spiel setzt. Die EU-Finanzminister müssen in Zukunft genau abwägen, wie sie vorgehen wollen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0287+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Keine Benachteiligung des Deutschen aufgrund des EU-Sprachenregimes

Das von der französischen Ratspräsidentschaft geplante Sprachenregime ist von der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament scharf kritisiert worden. So plant Paris Presseberichten zufolge, während der EU-Ratspräsidentschaft nur Französisch als Arbeitssprache auf Beamtenebene zu verwenden. Eine solche Regelung würde allerdings klar gegen das Sprachenregime der EU verstoßen, das die gleichberechtigte Verwendung der drei Arbeitssprachen Deutsch, Englisch und Französisch in der EU-Kommission vorsieht. Deutsch ist die Sprache mit den meisten Muttersprachlern in der EU und Englisch die am weitesten verbreitete Fremdsprache.

Strengere Verhaltensregeln für Lobbyisten

Anfang Mai hat das Europäische Parlament beschlossen, dass auf europäischer Ebene strengere Verhaltensregeln für Lobbyisten eingeführt werden. Sie sollen sich in einem gemeinsamen, öffentlichen Register von Parlament, Kommission und Ministerrat registrieren lassen, ihre Finanzquellen und Auftraggeber offen legen und einen Verhaltenskodex einhalten. Die Zahl der in Brüssel tätigen Lobbyisten wird auf 15.000 bis 20.000 geschätzt. Vom Register ausgenommen sind Vertreter von Kirchen, Regionen und Kommunen, sowie politische Parteien auf der nationalen und europäischen Ebene.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0197+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EP-Zwischenbericht zum Klimawandel zu einseitig

Ende Mai hat das Europäische Parlament über den Zwischenbericht zum Klimawandel abgestimmt. Die Folgen des Klimawandels sind in diesem Bericht jedoch zum Teil übertrieben dargestellt. Anstatt mit Katastrophen zu drohen, müssten die Menschen mit Argumenten von den berechtigten Anliegen des Klimaschutzes überzeugt werden. Es ist wichtig, Klimaschutzinstrumente in Einklang mit sozialen Errungenschaften und Wettbewerbsfähigkeit zu entwickeln. Die Politik muss beim Klimaschutz kreativer werden. Nicht alles, was gut für das Klima ist, muss teuer sein.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A6-2008-0136+0+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

Solidaritäts-Erklärung mit den Milchbauern

Ich habe Verständnis für die Entwicklung Ende Mai, dass die Mehrzahl der Milchbauern in Kreisen des Münsterlandes ihre Lieferung von Milch an die Molkereien bis auf Weiteres eingestellt oder stark reduziert haben und unterstütze daher die Forderungen der Milchbauern nach gerechteren Preisen, denn die aktuell den Landwirten zugemuteten Milchpreise sind für die Betriebe nicht auszuhalten. Um den negativen Entwicklungen auf den Milchmärkten begegnen zu können, müssen weitere politische Rahmenbedingungen in Brüssel und Berlin so gestellt werden, dass kein zusätzlicher Angebotsdruck auf den Milchmarkt entsteht. Vor einer Entscheidung über weitere Quotenerhöhungen bedarf es deshalb sorgfältiger Marktanalysen. Ferner ist ein die Milchbauern abstützender Milchfond schnellstmöglich einzurichten, um die von der EU-Kommission angekündigten allgemeinen Kürzungen der Agrarbeihilfen im Milchbereich abzufedern.

EU - Luftqualität: strengere Vorschriften

Der Europäische Rat hat strengere Vorgaben zur Luftqualität angenommen. Die neue Luftqualitätsrichtlinie fasst mehrere Richtlinien zusammen und enthält Zielvorgaben und Fristen für die Reduzierung von Kleinstpartikeln, die in städtischen Gebieten bis 2020 gegenüber den 2010 gemessenen Werten um durchschnittlich 20 % gesenkt werden sollen. Für die größeren Teilchen (PM 10) ändert sich am Grenzwert von 40 µg/m³ und am Verbot, eine Grenze von 50 µg/m³ an mehr als 35 Tagen im Jahr zu überschreiten, theoretisch nichts. Den Mitgliedstaaten wird aber mehr Flexibilität in Gebieten eingeräumt, in denen es sich als schwierig erweist, diese Werte einzuhalten. 26 der 27 EU-Mitgliedstaaten haben Probleme mit der Einhaltung der PM 10-Werte, die in mindestens einem Teil ihres Gebiets überschritten werden. Weitere Einzelheiten unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/570&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Veröffentlichung der Umweltschutzbeihilfen

Die neuen Leitlinien für staatliche Umweltschutzbeihilfen sind im Amtsblatt veröffentlicht worden. Es gibt mehrere neue Bestimmungen, z. B. über Beihilfen für KMU, für Umweltstudien, für Fern-Wärme, für die Abfallbewirtschaftung und Beihilfen in Verbindung mit handelbaren Umweltzertifikaten. Die Leitlinien gelten für sämtliche Beihilfemaßnahmen, die bei der Kommission angemeldet werden. Die Beihilfenkontrolle soll in erster Linie sicherstellen, dass die staatlichen Beihilfemaßnahmen zu einer Umweltentlastung führen, die ohne die Beihilfe nicht eintreten würde, und dass die positiven Auswirkungen der Beihilfe die negativen Folgen - sprich die dadurch erzeugten Wettbewerbsverzerrungen - überwiegen. Weitere Einzelheiten unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/31&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

"Grüne Steuern"

Es zeichnet sich eine Absenkung der Mehrwertsteuer für bestimmte umweltfreundliche Produkte ab. Die EU-Regeln zur Mehrwertsteuer bestimmen, dass die Mitgliedstaaten Waren und Dienstleistungen mit einem Steuersatz von mindestens 15 % belegen müssen. Für bestimmte, als unentbehrlich betrachtete Produkte können die Mitgliedstaaten verminderte Steuersätze (jedoch nicht weniger als 5 %) erheben. Die hiervon erfassten Waren und Dienstleistungen sind in den einzelnen Staaten sehr unterschiedlich. Es sind auch verminderte Steuersätze für den Energieverbrauch erlaubt, um sicherzustellen, dass auch ärmere Haushalte Zugang zu Energie haben. Nun wird mit Zustimmung der 27 Staats- und Regierungschefs geprüft, ob auch energieeffiziente Produkte und energiesparende Materialien in das Privileg einer verminderten Mehrwertsteuer einbezogen werden können. Weitere Einzelheiten unter

<http://www.euractiv.com/de/nachhaltige-entwicklung/mwst-senkungen-grune-produkte-erwagung/article-171004>

Verhaltenskodex für Videospiele

Die Europäische Kommission will einen Verhaltenskodex für den Verkauf von Videospiele aufstellen. Die Käufer dieser Spiele sollen künftig überall in Europa mit einem einheitlichen Alterseinstufungssystem über mögliche jugendgefährdende Inhalte des Spieles informiert werden. Die Videospiele, werden mit Symbolen zur Altersempfehlung (von 12 - 18 Jahren) und zum Inhalt (Gewalt, anstößige Sprache, Sex, Drogen, Glücksspiel) versehen. Die Kommission schlägt nun vor, in den nächsten zwei Jahren einen Verhaltenskodex aufzustellen, den Einzelhändler beim Verkauf von Videospiele an Minderjährige zu beachten haben. Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/618&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

Neue Chancen für die Entwicklung des Ländlichen Raums

Die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik ist eine Chance für den ländlichen Raum. Das zeigen die am 20. Mai 2008 von der Europäischen Kommission vorgelegten Reformvorschläge. Bei den Direktbeihilfen an Landwirte geht es um eine Vereinfachung des Verfahrens und die weitere Abkoppelung von der Produktion. Landschaftspflege, Umwelt und Tiergesundheitsaspekte sollen eine deutlichere Rolle spielen. Für den ländlichen Raum von besonderer Bedeutung ist der Ausbau der sog. Modulation. Danach erhalten die Mitgliedstaaten die erweiterte Möglichkeit, Direktzahlungen an Landwirte zu kürzen und das ersparte Geld in die Entwicklung des ländlichen Raums zu investieren. Die zusätzlichen Mittel sollen eingesetzt werden, um die Bemühungen für die Prioritäten der EU in den Bereichen Klimawandel, erneuerbare Energien, Wasserwirtschaft und biologische Vielfalt zu verstärken

http://ec.europa.eu/agriculture/healthcheck/prop_de.pdf

Programm für gesundes Essen an Schulen

Die Europäische Kommission bereitet ein Programm für gesundes Essen an Schulen vor. Süßigkeiten und andere ungesunde Snacks sollen vom Schulgelände verbannt und den Schülern dafür mehr Obst und Gemüse, Wasser und Fruchtsäfte angeboten werden. Kantinen sollen zudem möglichst auf Fertigmahlzeiten verzichten, weil diese erhöhte Mengen an Fett, Zucker und Salz enthalten. Das empfiehlt eine Expertengruppe der Kommission, die derzeit ein Schulernährungsprogramm ausarbeitet. Jährlich sollen 90 Millionen Euro in Aktionen von Mitgliedstaaten fließen, die gesundheitsfördernd tätig werden.

Funkchips für Pferde

In Zukunft werden Funkchips für Pferde zur Pflicht. Laut einem Vorschlag der Europäischen Kommission soll der Chip jedem Mitglied der sog. Equiden-Familie (Pferde, Esel, Zebras und Kreuzungen wie Maultiere) innerhalb eines halben Jahres nach der Geburt in den Hals implantiert werden. Anhand dieses Chips soll ein Tier lebenslang identifizierbar sein. Die Verordnung tritt am 1. Juli 2009 in Kraft.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/905&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

50 % höhere Strompreise durch EU-Emissionshandel

In Europa werden die sozialen Kosten der staatlich verursachten Verteuerung von Energiekosten immer deutlicher. In Deutschland zahlen Familien mittlerweile mehr als 40 % des Strompreises an den Staat, an europäischen Zapfsäulen gar 50 bis 80 %. Die von der Europäischen Kommission im Energie- und Klimapaket vorgesehenen Auflagen für Betriebe, Emissionszertifikate künftig zu erwerben, würde nach Expertenschätzung die Großhandelspreise für Strom noch einmal um 50 % steigen lassen. Beim Emissionshandel muss es deshalb bei einer kostenfreien Zuteilung der Emissionszertifikate bleiben. Nur wenn Unternehmen veraltete Umwelttechniken anwenden, sollten sie zur Kasse gebeten werden.

<http://www.vik-online.de/index.php?id=51>

EuGH-Urteil beendet Führerscheintourismus

Ende Juni fällte der Europäische Gerichtshof in Luxemburg ein Urteil zur Auslegung der EU-Führerscheinrichtlinie. Laut der vom Europäischen Parlament bereits im Jahr 2006 verabschiedeten Richtlinie dürfen Führerscheine nur an Personen ausgestellt werden, die "im Hoheitsgebiet des den Führerschein ausstellenden Mitgliedsstaats ihren ordentlichen Wohnsitz haben". Als "ordentlicher Wohnsitz" gilt der Aufenthalt in einem Mitgliedstaat an mindestens 185 Tagen im Jahr. Der EuGH bestätigte mit seinem Urteil diese Richtlinie. Gerade im grenznahen Raum ist es in der Vergangenheit vermehrt zu einer Art Führerscheintourismus gekommen. Deutschland muss zwar grundsätzlich Führerscheine aus der Tschechischen Republik anerkennen, wenn die deutsche Fahrerlaubnis entzogen wurde. Diese Anerkennung kann jedoch verweigert werden, wenn die betreffende Person zum Zeitpunkt der Ausstellung des Führerscheins ihren ordentlichen Wohnsitz in Deutschland hatte.

<http://curia.europa.eu/de/actu/communiqués/cp08/aff/cp080041de.pdf>

Studie zu Kleinstunternehmen in Europa

Bei den Kleinstunternehmen (1-9 Beschäftigte) ist Deutschland EU-Schlusslicht. 2005 waren in der EU 92 % aller Unternehmen im nichtfinanziellen Bereich der gewerblichen Wirtschaft Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten. Die Kleinstunternehmen sichern 30 % der Gesamtbeschäftigung. Den höchsten Anteil gab es im Grundstücks- und Wohnungswesen (56 %), im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe (45 %) und im Kraftfahrzeughandel (43 %). Die höchsten Anteile an der Gesamtbeschäftigung bei Kleinstunternehmen verzeichneten Griechenland (56 %), Italien (47 %) und Portugal (43 %); Österreich (25 %) und Frankreich (24 %) liegen deutlich vor Deutschland, das mit 19 % nur noch von der Slowakei (13 %) unterboten wird. Einzelheiten unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/08/47&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Erleichterung für Busrundreisen

Das Europäische Parlament hat die Verordnung über den Zugang zum Personenkraftverkehrsmarkt verabschiedet. Damit werden durch die Einführung einer 12-Tage-Regelung Busrundreisen erleichtert. Nunmehr ist es erlaubt, dass Busfahrer bei einer Rundreise 12 Tage hintereinander den Bus lenken dürfen. Damit entfällt die Vorgabe, dass zwei Busfahrer anwesend sind und ein Fahrerwechsel vorgenommen wird. Selbstverständlich müssen die Fahrer während der Reise die vorgeschriebenen Ruhezeiten sowie maximalen Tages- und Wochenlenkzeiten einhalten. Auf diese Weise sollen Busreisen für Touristen gerade mit geringem Einkommen sowie der Fremdenverkehr in den Regionen gefördert werden.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/062-30835-156-06-23-910-20080604IPR30766-04-06-2008-2008-false/default_de.htm

Small-Business-Act: Optimale Rahmenbedingungen für KMUs

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sollen optimale Rahmenbedingungen erhalten. Diesem Ziel dient ein nach amerikanischem Vorbild von der Europäischen Kommission verabschiedeter „Small-Business-Act“ (SBA). SBA umfasst 10 Grundsätze, zu deren Umsetzung Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene vorgeschlagen werden, z. B. eine zweite Chance bei Konkursanmeldung und ein erleichterter Zugang zu Finanzmitteln.

http://ec.europa.eu/enterprise/entrepreneurship/sba_de.htm

Flugtickets: Schluss mit Lockangeboten im Internet

Anfang Juli hat das Europäische Parlament eine neue EU-Verordnung verabschiedet, nach der die Flugpreise künftig verständlich und transparent inklusive etwaiger Steuern, Gebühren, Aufschläge und Entgelte ausgewiesen werden müssen. Damit ist Schluss mit irreführenden Nettopreisen und es ist für den Verbraucher klar erkennbar, welcher Anteil des Flugpreises an den Staat geht und welchen Anteil die Airline und die Flughäfen kassieren.

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Europa-GmbH - Europäische Privatgesellschaft

Tochterunternehmen sollen künftig in der EU nach einheitlichem Muster gestaltet und einheitlichen Grundsätzen geführt werden. Das ist der Kern der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Europäischen Privatgesellschaft (SPE), nicht zu verwechseln mit der bereits bestehenden so genannten Europa-AG (SE), die eher auf große Kapitalgesellschaften zugeschnitten ist. Die SPE - auch Europa-GmbH genannt - soll für den exportorientierten Mittelstand die Niederlassung und Tätigkeit im europäischen Ausland erleichtern. Die neue europäische Gesellschaftsform bedeutet, dass für KMUs ein und dieselbe Rechtsform ausreicht, gleichgültig ob es nur in seinem eigenen Mitgliedstaat oder auch in anderen tätig ist. Das Gesellschaftskapital soll 1 € betragen und die Registrierung soll auch auf elektronischen Weg erfolgen können. SPE ist eine Alternative zur deutschen GmbH und der englischen Limited. Die SPE wird mit den nationalen Rechtsformen konkurrieren, z. B. mit der derzeit im Bundestag beratenen so genannten Mini-GmbH, für die ebenfalls nur ein symbolisches Stammkapital von einem Euro vorgesehen ist.

http://ec.europa.eu/internal_market/company/epc/index_de.htm

Vereinfachte Beihilfeverfahren für KMU

Für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sollen die Beihilfeverfahren vereinfacht werden. In einer Mitteilung der Kommission von Ende Juni 2008 wird hervorgehoben, dass staatliche Beihilfen insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen - mit häufig geringer Eigenkapitalausstattung - den Zugang zu Finanzmitteln erleichtern. Im Einzelnen enthält die neue Mitteilung neue Methoden zur Berechnung des Beihilfeelements einer Garantie und sieht vereinfachte Vorschriften für KMUs vor.

http://ec.europa.eu/comm/competition/state_aid/reform/guarantee_notice_de.pdf

Erweiterung der ermäßigten Mehrwertsteuern

Die Kommission will umfassend ermäßigte Mehrwertsteuersätze ermöglichen. Grundsätzlich gilt in der EU ein einheitlicher Mindestsatz von 15 %, die Mitgliedstaaten können aber für bestimmte Produkte und Dienstleistungen, die MWSt bis auf 5 % reduzieren. Der von der Kommission am 7. Juli 2008 eingebrachte Vorschlag sieht u. a. eine ermäßigte Besteuerung für arbeitsintensive Dienstleistungen, Restaurantdienstleistungen und den Wohnungsbausektor vor. Die Kommission hat weitergehend angekündigt, dass auch energiesparende Produkte und entsprechende Dienstleistungen in einen neuen Richtlinienvorschlag aufgenommen werden sollen, wenn eine derzeit laufende Studie eine entsprechende Regelung empfiehlt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1109&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EU-Erweiterung

Europäisches Parlament verabschiedet kritischen Türkei-Bericht

Im Europäischen Parlament besteht parteiübergreifend Übereinstimmung, dass die Reformrhetorik der Regierung Erdogan und der tatsächlichen Umsetzung erhebliche Unterschiede aufweist. Im jüngsten Türkei-Fortschrittsbericht, über den das Europäische Parlament Ende Mai abgestimmt hat, wird die türkische Regierung daher unmissverständlich aufgefordert, noch vor Jahresende den angekündigten Reformprozess zu konkretisieren. Zusätzlich wird betont, dass die Europäische Union eine Wertegemeinschaft sei und die laufenden Beitrittsverhandlungen lediglich der Beginn eines "langen Prozesses mit offenem Ausgang" seien. Der Bericht rückt erfreulicherweise deutlich von einer einseitigen Beitrittsperspektive ab, die Ungeduld über die mangelnden Reformschritte wird mittlerweile von fast allen Fraktionen geteilt. Spätestens zum Jahresende wird sich dann zeigen, dass sich die Türkei immer weiter von der EU entfernt.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0224+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Westbalkan behält klare EU-Beitrittsperspektive

Die Europäische Union kann ihre Aufgabe als verlässlicher und stabiler Partner in der Welt nur ausfüllen, wenn sie handlungsfähig bleibt und eine differenzierte Erweiterungsstrategie verfolgt. Die EU muss daher eine Nachbarschaftspolitik erarbeiten, die den Namen auch tatsächlich verdiene. Nur mit durchdachten Alternativen zur Vollmitgliedschaft könne in den Nachbarländern Stabilität, Frieden, die Achtung der Menschenrechte und wirtschaftliche Reformen weiter gefördert werden. Anders verhält es sich mit den Ländern des Westbalkans, die mitten in Europa liegen und von EU-Mitgliedstaaten umgeben sind. Diese Länder haben bereits seit langem eine Beitrittsperspektive, die auch in Zukunft aufrechterhalten werden muss. Kroatien ist das erste dieser Länder, das die Beitrittsverhandlungen schon im nächsten Jahr abschließen kann. Dies sollte als Signal für die weiteren Ländern gelten, dass sich die notwendigen Reformen in Gesellschaft, Justiz und Wirtschaft langfristig auszahlen.

EU-Erweiterungspolitik muss weg vom Beitrittsautomatismus

Das Europäische Parlament hat vor wenigen Tagen mit deutlicher Mehrheit einen Bericht angenommen, der sich für eine Phase der Konsolidierung im Rahmen der Erweiterungsstrategie ausspricht. Die bisherigen Erweiterungen seien zwar ein großer politischer und ökonomischer Erfolg, es wäre jedoch falsch, jetzt zu einem "Beitrittsautomatismus" überzugehen. Es müssten Lösungen zwischen Erweiterung und europäischer Nachbarschaftspolitik im Sinne eines "Europäischen Wirtschaftsraums Plus" gefunden werden.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0363+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Kommunales

Pilotprojekt zum Beschaffungswesen

Die Europäische Kommission führt ein Pilotprojekt zum elektronischen Beschaffungswesen durch. Gemeinsam mit acht Ländern soll dabei die grenzüberschreitende Vernetzung der nationalen Beschaffungssysteme erprobt werden. Ziel ist, die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen in einem anderen Land zu erleichtern. Neben Deutschland sind an dem Projekt beteiligt: Österreich, Dänemark, Finnland, Frankreich, Ungarn und Italien sowie Norwegen (als Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums). Weiters unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/785&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

Vergabeauflagen - KFZ

Die Kommunen sollen über das Vergaberecht zum Kauf emissionsärmerer und energieeffizienterer Fahrzeuge gezwungen werden. Der Umweltausschuss des Parlaments hat einem entsprechenden Richtlinienvorschlag der Kommission zugestimmt (32 Jastimmen, 18 Neinstimmen), der den öffentlichen Beschaffungsstellen ab 2010 folgende Verpflichtungen auferlegt:

1. Bei der Anschaffung von Straßenfahrzeugen sind die über die gesamte Lebensdauer des Fahrzeugs anfallenden Umweltkosten des Schadstoffausstoßes und des Energieverbrauchs zu ermitteln.
2. Das Ergebnis der Kostenermittlung muss zwingend als Vergabekriterium in die Kaufentscheidung einbezogen werden.

Bestimmte Spezialfahrzeuge (z. B. Rettungs- und Feuerwehrfahrzeuge, Krankenwagen) sollen vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgeschlossen sein. Unter Beachtung des durch den Richtlinienentwurf ausgelösten bürokratischen Aufwands und des Subsidiaritätsprinzip bleibt zu hoffen, dass das Parlament im September den Vorschlag in eine Kannregelung verändert, oder ganz verwirft.

Förderung und Termine

Programmhandbuch für das Programm KULTUR (2007 - 2013)

Bis zum Jahr 2013 gilt für das Programm KULTUR (2007-2013) ein Programmhandbuch, das die Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur - ebenso wie die Antragsunterlagen - nun auf ihrer Website veröffentlicht hat. Das Programmhandbuch legt die Einreichfristen und -bedingungen bis 2013 fest und ersetzt künftig die jährlichen Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen, die es bisher für jeden Förderbereich einzeln gab. Erfreulich ist, dass das Antragsverfahren inklusive der finanziellen Bestimmungen vereinfacht wurde.

http://eacea.ec.europa.eu/culture/guide/index_de.htm

Handbuch zur Kombination verschiedener EU-Finanzierungsquellen

Die Europäische Kommission bereitet ein Handbuch zur Kombination verschiedener EU-Finanzierungsquellen vor. Dabei geht es um die Kombination der EU-Mittel aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm, dem Programm für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit (CIP) und den Strukturfonds. Interessenten soll damit die Erarbeitung einer passenden Projektfinanzierung erleichtert werden. Nachdem eine einschlägige öffentliche Konsultation Ende April abgeschlossen wurde, ist mit der Veröffentlichung des Handbuchs in Kürze zu rechnen. Zur Konsultation siehe unter

http://ec.europa.eu/research/consultations/list_en.html

Freiwilligendienste

Internationale Freiwilligentätigkeit sollen besser gefördert werden. Dazu hat die Kommission den Mitgliedstaaten Vorschläge zur Weiterentwicklung der bestehenden Mechanismen vorgeschlagen. Die Ankündigung der Kommission betrifft Menschen in der EU, die unter 30 Jahre alt sind und in einem anderen Land als ihrem Herkunftsland einer Freiwilligentätigkeit nachgehen wollen, wie z. B. im Katastrophen- und Umweltschutz, bei der Förderung der sozialen Eingliederung oder der Bewahrung des Kulturerbes. Die Kommission will ein Europäisches Internetportal für junge Freiwillige im Rahmen des existierenden Jugendportals entwickeln.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1098&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Regionales

Europa unterstützt das Münsterland

Im Zeitraum 2007 bis 2013 erhält das Münsterland gut 270 Millionen Euro Fördergelder aus Brüssel. Ich fordere Kommunen und Wirtschaft auf, diese Gelder verstärkt in größere Projekte zu investieren und so für eine dauerhafte Standortaufwertung zu nutzen. Anstatt nur Infrastrukturinvestitionen in den ärmsten Regionen zu fördern, richtet Brüssel die Gelder jetzt verstärkt auf Beschäftigungseffekte und Innovationsförderung aus. So kann auch das Münsterland von der neuen Förderphilosophie profitieren. Gute Förderchancen haben insbesondere Projekte, die mittelständische Unternehmen an die Forschung heranführten. Aber auch für die dezentrale Energieversorgung, DSL im ländlichen Raum und Naturschutzprojekte sind die EU-Gelder gedacht.

Arbeit für das Münsterland

Bei meiner Arbeit in Straßburg und Brüssel möchte ich selbstverständlich die Interessen des Münsterlandes stärken. Dazu beispielhaft einige regionale Aktivitäten/Ortstermine der vergangenen Wochen:

- Betriebsbesuch Petrotec, Borken
- Verein dt. Studenten zu Münster, Münster
- Zwischenbilanz-Veranstaltung INTERREG IVA, Ahaus
- Betriebsbesichtigung Vakona GmbH, Lienen
- Festansprache 50 Jahre KAB St. Michael, Ibbenbüren
- Einweihung Europabüro zum EU-Freiwilligendienst des Kreises Steinfurt, Tecklenburg
- Arbeitsgespräch zur europäischen Fortführung von Entante Florale, Münster
- Münsterland-Tag, Coesfeld
- Ausstellungseröffnung zum Euro, Flughafen Münster-Osnabrück, Greven
- Vorträge/Arbeitsgespräche u. a. bei kommunalen Einrichtungen und CDU-Verbänden in Warendorf, Münster/St. Mauritz, Rheine, Gronau, Coesfeld

Zu Besuch in Straßburg und Brüssel

Folgende Besuchergruppen waren bei mir in den letzten Wochen zu Besuch im Europäischen Parlament in Brüssel bzw. Straßburg:

- Freundes- und Kulturkreis Lengerich
- Schülerinnen und Schüler des Mariengymnasiums Bocholt
- Europaassistenten der Wirtschaftsschulen des Kreises Steinfurt
- VdK Hörstel

Bilder der Gruppen finden Sie auf meiner Homepage: www.markus-pieper.eu

Zu guter Letzt ...

Notrufnummer 112

Die Europäische Kommission hat eine Informationskampagne für die Notrufnummer 112 gestartet. Anfang Juni wurde die 112-Website eingerichtet, um die Bürger rechtzeitig vor den Sommerferien über den Entwicklungsstand in den einzelnen Mitgliedstaaten aufzuklären. Dass das zumindest zurzeit nur auf Englisch erfolgt, ist bemerkenswert! Nach einer Umfrage wissen nur 20% der EU-Bürger, dass sie in ganz Europa die 112 anrufen können, um einen Notfall zu melden. In Deutschland beträgt die Reaktionszeit bei 112-Anrufen ab Herstellung der Verbindung zwischen fünf Sekunden und einer Minute. In der Tschechischen Republik, in Spanien und England dagegen werden mindestens 97 % der 112-Notrufe innerhalb von 20 Sekunden beantwortet. Die 112-Leitstellen in Deutschland können Anrufe auch in englischer Sprache, in Grenzregionen auch in den Sprachen der Nachbarländer beantworten.

http://ec.europa.eu/information_society/activities/112/index_en.htm

Schulbuchstudie

Deutsche Schulbücher vernachlässigen die Arbeitswelt der Unternehmer. Zu diesem Ergebnis kommt eine Vergleichsstudie zwischen deutschen, englischen und schwedischen Schulbüchern. Im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) hatte das Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung über 140 Schulbücher analysiert. Die Studie stellt fest, dass sich die Schulbücher in allen drei Mitgliedstaaten unzweifelhaft zur sozialen Marktwirtschaft bekennen, die in deutschen Schulbüchern abgebildete Arbeitswelt aber primär eine Welt der Arbeitnehmer und nur selten eine unternehmerische sei. Wörtlich: „Eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber Unternehmertum und Marktwirtschaft kann deutschen Schulbüchern nirgendwo attestiert werden, wohl aber eine Werthaltung, die unternehmerisches und rein marktwirtschaftliches Handeln nicht als höchstes Gut einordnet.“ Dagegen glichen schwedische Schulbücher zuweilen „kleinen Gebrauchsanweisungen“ für das Gründen und Führen einer Firma.

<http://www.insm.de/Downloads/eia/Schulbuchstudie.pdf>